



INHALT

Schwerpunkt: mögliche Handlungsoptionen für eine deutsche Türkei-Politik. 2

Innenpolitik 3

- Ein gescheiterter Militärputsch 3
- Verfolgung der Gülen Gemeinschaft. 4
- Ausnahmezustand 4
- Nationale Einheit und „Mahnwachen für die Demokratie“ 5
- Ausgrenzung der kurdischen Nationalbewegung 5
- Der Geist der Einheit und das Parlament 6
- Verfassungspaket 6
- Die besondere Situation der MHP 6

Wirtschaft. 7

- Abwertung der Kreditnote durch Moodys. 7
- Ausbleibende Touristen belasten Zahlungsbilanz 7
- Druck auf Gewerkschaften 8

Außenpolitik 8

- Verbesserung der Beziehungen zu Russland 8
- Militärintervention in Syrien 8
- Aussöhnung mit Israel 9
- Vorwürfe an USA und EU 9
- Konflikt mit Deutschland über Armenien Resolution. 9
- Zukunft des EU-Flüchtlingsabkommens 10

Schwerpunkt: mögliche Handlungsoptionen für eine deutsche Türkei-Politik

Die politische Entwicklung in der Türkei löst zunehmend Besorgnis aus. Das Image des Landes befindet sich, betrachtet man die Berichterstattung internationaler Medien, auf einem Tiefststand. Für die Politik in Deutschland und in Europa wird es zunehmend schwieriger, einen ergebnisorientierten politischen Dialog zu führen. Es stellt sich die Frage, welche politischen Möglichkeiten existieren, die gegenwärtigen problematischen Entwicklungen zu beeinflussen.

Der Erdoğan-Faktor

Betrachtet man die Reaktionen der deutsch- und englischsprachigen Medien über den gescheiterten Putschversuch, so fielen die Bewertungen für einen außenstehenden Betrachter teilweise überraschend aus. Statt die türkische Gesellschaft zu beglückwünschen, einen Militärputsch abgewendet zu haben, stand die Befürchtung, dass Staatspräsident Erdoğan nun noch mächtiger werden könnte, im Vordergrund.

Dass die Wahrnehmung des Putschversuches in einem solchen Maß an der Person Erdoğan festgemacht wurde, zeigt seine Kraft als Polarisierer, die er nicht nur in der türkischen Innenpolitik beweist, sondern auch in der internationalen Wahrnehmung seines Landes. Was macht ihn in den Augen beispielsweise der deutschen Öffentlichkeit so unsympathisch? Sicherlich spielt die Einschätzung, Erdoğan handeln und Programmatik seien vom Islam inspiriert, eine Rolle. Denn so wird autoritäres Auftreten verquickt mit einer Wahrnehmung des Islam als Quelle von Autoritarismus und Unterdrückung. So sehr sich beide emotionalen Bewertungen auch gegenseitig stützen, so sehr verstellen sie den Blick auf die Entwicklungsdynamiken im Lande selbst. Erdoğan ist ein wichtiger Faktor der türkischen Politik. Doch die autoritären Entwicklungen der vergangenen Jahre allein auf seine Person zurückführen zu wollen, heißt die politikwissenschaftlichen Forschungen von Jahrzehnten in den Papierkorb zu werfen.

Niemand – und damit auch der türkische Staatspräsident nicht – kann für den Islam sprechen. Das autoritäre Einstellungen vielfach ihre Legitimation in Religion suchen, ist kein auf den Islam beschränktes Phänomen. Aus religiöser Sicht kann man dies als Missbrauch bewerten.

Auch wenn Erdoğan Aussagen und Handeln immer wieder Stein des Anstoßes sind, wird es nützlich sein, den Fokus zu erweitern, wenn es um die Entwicklung von Politik geht.

Deutsche und europäische Interessen

Bei der Entwicklung von Politik gehört es zu den Grundlagen, zunächst die Interessen der Beteiligten zu bestimmen. Im Falle Deutschlands können diese unter Überschriften wie Sicherheit, Wirtschaft, Soziales und humanitäre Maßstäbe zusammengefasst werden. Selbst

bei einem flüchtigen Blick zeigt sich dabei, dass obgleich die Türkei über keine Grenze zu Deutschland verfügt, das Land alles andere als „weit entfernt“ ist.

Unter den **Sicherheitsaspekten** hat das EU-Flüchtlingsabkommen gezeigt, dass die europäische Migrationspolitik unter anderem auch von der Kooperationsbereitschaft der Türkei abhängig ist. Der Bürgerkrieg in Syrien, dessen Wellen in Form von Terroranschlägen in europäischen Hauptstädten bis nach Europa schlagen, ist ohne eine Kooperation mit der Türkei nicht zu beenden.

Wirtschaftlich ist die Türkei nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt. Sie ist in der vergangenen Dekade zunehmend auch zu einem bedeutenden Produktionsstandort für deutsche Unternehmen geworden. Die möglichen Synergien einer vertieften deutsch-türkischen Kooperation auf Drittmärkten sind immens und entwicklungsfähig. Mit anderen Worten: es steckt viel deutsches Geld in der Türkei und es gibt gute Gründe nach Möglichkeiten zu suchen, die Kooperation auszubauen.

Unter **sozialen Gesichtspunkten** ist die auf etwa 3 Mio. Menschen geschätzte türkische Gemeinde in Deutschland zu berücksichtigen. Aber es gibt auch Zehntausende Deutsche, die in der Türkei leben. Vor diesem Hintergrund ist der Reflex deutscher Politik, die türkischstämmigen Einwohner zu ermahnen, die politischen Konflikte der Türkei doch in der Türkei zu belassen, zwar emotional nachvollziehbar, gleichwohl hilflos und nicht haltbar.

Am heikelsten ist die **humanitäre** bzw. die **Wertedimension**. Die Türkei orientiert sich am westlichen Entwicklungsmodell und sie ist der europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten. Bei allem Trennenden gibt es noch immer eine Basis gemeinsamer Werte – zum Beispiel die Menschenrechte. Es ist auch im Interesse aller anderen Bereiche – Wirtschaft, Sicherheit und Soziales – unabdingbar, diese gemeinsamen Werte und ihre Verbindlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Ein Knäuel von Problemen

Wenn der Weg zu einem System, in dem die Gewaltenteilung zunehmend aufgehoben wird, von einem „starken Mann“ und damit im Falle der Türkei von Erdoğan abhängig ist, so ist die Schwäche demokratischer Institutionen in mindestens gleichem Maße verantwortlich. Dies gilt zu allererst für die Verfassung, die keinen ausreichenden Schutz gegen Übergriffe von Regierung und Staatspräsidenten auf die anderen Staatsorgane garantiert. Daraus abgeleitet gilt dies insbesondere für die Justiz, deren Selbstschutzmechanismen ausgehebelt werden, und die damit zunehmend politisiert wird. Ein unzureichender Schutz der Medien und ihrer Mitarbeiter mündet in Intransparenz staatlichen Handelns und verzerrt die demokratische Willensbildung.

Doch auch wenn Staatspräsident Erdoğan für sich in Anspruch nehmen kann, dass er von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten gewählt wurde, kann im Umkehrschluss daraus abgeleitet werden, dass eine knappe Hälfte der Wähler nicht für ihn stimmte. Dabei handelt

es sich um recht heterogene politische Strömungen und Weltanschauungen, die einer wirksamen gesellschaftlichen und politischen Opposition im Wege stehen, zugleich aber auch weit in die Basis der Regierungspartei AKP hineinreichen.

Unter den Prämissen der allgemeinen Menschenrechte und des Völkerrechts müssen die Konflikte innerhalb eines Landes durch seine Bevölkerung selbst gelöst werden. Ausnahmen sind zwar denkbar – beispielsweise bei der internationalen Irak Intervention, mit ihren bekannten Folgen – doch im Falle der Türkei kaum ernsthaft zu vertreten und sicherlich nicht zielführend.

Politische Instrumente

Grundsätzlich beherrscht der Dialog die internationale Politik. Er wird geführt, um gegenseitige Positionen kennenzulernen und zu verstehen sowie um zu einem Interessenausgleich zu kommen. Dabei sind verschiedene Formen vom offenen Dialog bis hin zu konditionalen Gesprächssettings denkbar. Zudem sollte bei einem politischen Dialog nicht außer Acht gelassen werden, dass er immer auch eine Anerkennung des Gesprächspartners bewirkt. Bei internationalen Dialogen ist dies häufig sogar das wichtigste Motiv, daran teilzunehmen.

Da weder die EU-Öffentlichkeit noch diejenige in der Türkei daran glauben, dass für die Türkei in absehbarer Zeit eine realistische Beitrittsperspektive besteht, fällt diese als Anreiz für die Verwirklichung von Normen wie den Kopenhagener Kriterien weitgehend aus. Gleichwohl legt die türkische Regierung großen Wert darauf, als Partner der EU aufzutreten und mögliche Abhängigkeiten – wie in der Flüchtlingskrise – als Legitimationsgewinn zu nutzen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund den Konflikt um die Visumsfreiheit für Türken im Schengen Raum, so ist die Entscheidung der EU, auf vollständige Erfüllung aller Kriterien und damit auch auf der Änderung des Terrorismusstrafatbestandes plausibel und setzt Maßstäbe, die zu mehr Rechtsstaatlichkeit in der Türkei beitragen könnten. Sie wäre jedoch glaubwürdiger, wenn die europäischen Staaten eine gemeinsame Migrationspolitik entwickelten und nicht versuchten, die Angelegenheit herauszuschieben.

Der Dialog mit der politischen Opposition in der Türkei ist zurzeit umso wichtiger. Gerade bei den Deutschland und der EU zugewandten Bevölkerungskreisen herrscht große Verunsicherung angesichts der Entwicklungen in der Türkei. Hinzu kommt, dass ihre Positionen – manchmal ihre Existenz – in Europa vielfach zu wenig bekannt oder verstanden sind.

Wesentlich für den Dialog mit Regierung oder Opposition sind zudem glaubwürdige Positionen. Beim EU-Flüchtlingsabkommen wurden Vereinbarungen getroffen, deren Verwirklichung bestenfalls als „schwierig“ zu bewerten sind. Zwar kann man pragmatisch sagen, dass die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel beispielsweise „kostengünstig“ ist. Eine solche Bewertung schaut jedoch nur auf den finanziellen Aspekt und übersieht den Legitima-

tionsgewinn für die türkische Regierung. Kann bei der Kopplung von Visumsfreiheit und Rücknahmeabkommen für irreguläre Migranten noch auf die Vorgeschichte der Verhandlungen verwiesen werden, kann dies kaum für die vereinbarten Kapitel der Beitrittsverhandlungen angeführt werden. Wenn dann dieses Zugeständnis auch noch aufgrund von Vetos, die vorhersehbar sind, nicht umgesetzt wird, tritt ein weiterer Glaubwürdigkeitsverlust ein. Und auch dieser ist eine relative Aufwertung der türkischen Regierung.

Distanz und Kritik demgegenüber schließen einen an der Lösung von Sachfragen orientierten Dialog nicht aus. Angesichts beinahe täglicher Meldungen über die weitere Erosion der türkischen Demokratie sollte eine Türkei-Politik Priorität auf die Kritik an diesen Defiziten setzen. Denn mit einer demokratischen Türkei gewinnt Europa einen zuverlässigeren Partner und sowohl wirtschaftlich wie sozial an Dynamik.

Innenpolitik

Ein gescheiterter Militärputsch

In der Nacht vom 15. zum 16. Juli 2016 putschten Teile des Militärs gegen den Generalstab und die Regierung. Nach der Besetzung des Generalstabsgebäudes und des Oberkommandos der Gendarmerie gelang es den aufständischen Militärs einige militärische Stützpunkte und Kommandozentralen unter ihre Kontrolle zu bringen. Zwar gelang es den Putschisten, die Bosphorus Brücken in Istanbul sowie den internationalen Atatürk Flughafen zu besetzen, doch scheiterte die Besetzung öffentlicher Gebäude in Istanbul und Ankara bzw. konnten diese nur sehr kurzzeitig gehalten werden.

Eine wichtige Rolle beim Scheitern des Putschversuches spielte dabei zum einen, dass die Festnahme von Staatspräsident Erdoğan, der sich in Marmaris aufhielt, nicht gelang und lag zum anderen an der Haltung des Generalstabschefs sowie des Kommandeurs der 1. Armee in Istanbul. Der Generalstabschef weigerte sich bei seiner Gefangennahme durch die Putschisten, sich dem Putsch anzuschließen. Der Kommandeur der 1. Armee erklärte ebenfalls öffentlich seine Loyalität zur Regierung.

Während zunächst die Polizei Widerstand gegen den Putsch leistete, rief Staatspräsident Erdoğan nach Mitternacht die Bevölkerung auf, auf die Straße zu gehen und sich dem Putsch entgegenzustellen. Die Putschisten versuchten durch Tiefflüge von Kampffjets sowie Bombenangriffe auf die Zentrale der Sondereinsatzkommandos, das Parlament und das Präsidentenpalais die Bevölkerung einzuschüchtern. Am Morgen des 16. Juli mussten sich die Putschisten an allen Schlüsselstellungen ergeben. Am 17. Juli teilte der Generalstab mit, dass alle militärischen Stützpunkte wieder unter Regierungskontrolle seien.

Über das wirkliche Ausmaß und die Unterstützung des Putsches innerhalb des Militärs liegen kaum zusammenhängende und schlüssige Informationen vor. Insbesondere bei den Truppen mit niedrigen Diensträngen wurde

die Beteiligung am Putsch vielfach durch die Anweisung einer Übung oder als das Eingreifen gegen einen IS-Terroranschlag angeordnet. Am Morgen des 16. Juli wurde die Zahl der festgenommenen Militärangehörigen mit 754 angegeben. Dies dürfte weitgehend der Zahl der Soldaten und Offiziere entsprechen, die an den Aktionen in Istanbul und Ankara beteiligt waren. Im Laufe der ersten Woche nach dem Putsch stieg die Zahl der Festnahmen auf 7.423.

In den beiden dem Putsch folgenden Monaten wurde eine große Menge von Ermittlungsmaterial zum Putschversuch in den Medien veröffentlicht. Meinungsumfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt ist, dass die Gülen Gemeinschaft für den Putschversuch verantwortlich ist. Auf der anderen Seite liegt bisher noch keine Anklageschrift vor, so dass anhand der vermutlich gezielt gestreuten Aussagen, Fotos und Videoaufzeichnungen eine Rekonstruktion der Abläufe am 15. Juli noch nicht möglich ist.

Verfolgung der Gülen Gemeinschaft

Nach dem Scheitern des Militärputsches ist das Vorgehen gegen die Gülen Gemeinschaft in eine neue Phase getreten. Ein großer Teil der Festnahmen und Sanktionen erfolgte nicht vordergründig aufgrund einer Beteiligung am Putsch und seinen Vorbereitungen, sondern aufgrund des Vorwurfes der Unterstützung der „Fetullah Gülen Terrororganisation“ (FETÖ).

Am 18. August 2016 gab Ministerpräsident Yildirim einen Überblick über den Stand des Vorgehens. Innerhalb eines Monats waren im Zuge der Untersuchung über 40.000 Festnahmen erfolgt. Mehr als 20.000 Personen wurden in Untersuchungshaft genommen. Da die Haftanstalten nicht ausreichend Kapazität für die schnell anwachsenden Häftlingszahlen hatten, wurden mehr als 10.000 andere Häftlinge auf Bewährung entlassen. Die Zahl der Suspendierungen im öffentlichen Dienst war bis zu diesem Zeitpunkt bereits auf knapp 80.000 angewachsen. Folgt man dem Stand von Ende September 2016, liegen unterschiedliche Angaben des Justizministeriums und der Oppositionspartei CHP vor. Das Justizministerium gibt die Zahl der Untersuchungshäftlinge mit 32.000 an und gegen rund 70.000 Personen seien Verfahren eingeleitet. Für den Zeitraum 17. August bis 17. September gibt das CHP-Vorstandsmitglied Zeynep Altıok Akatlı die Zahl der Festnahmen mit 50.000 an. 93.000 Bedienstete des öffentlichen Dienstes wurden suspendiert, 59.841 entlassen. Gegen 5.247 Akademiker wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, 4.225 wurden suspendiert und 2.341 entlassen. Hinzu kommen mehr als 1.000 nicht-akademische Beschäftigte an Hochschulen. Die CHP hat zudem rund 30.000 Anträge von Betroffenen erhalten, die sich zu Unrecht verurteilt sehen. Die CHP verweist zusätzlich auf 28 Kommunen, für die Treuhänder als Bürgermeister eingesetzt wurden sowie 4.262 verstaatlichter und geschlossener Institutionen – vom Verein bis zur Privatuniversität.

Dabei lassen sich die Verfolgung der Gülen Gemeinschaft vier verschiedenen Schwerpunkten zuordnen. Neben der

Ermittlung der Organisationsstrukturen konzentriert sich die Verfolgung insbesondere auf die Finanzstrukturen der Gülen Gemeinschaft. Ein dritter Schwerpunkt sind die Ermittlungen zum Putschversuch, die durch verschiedene weitere Verfahren wie beispielsweise die Berichterstattung über MIT-Waffenlieferungen nach Syrien ergänzt werden.

Die Verhaftungswellen werden begleitet von einer umfangreichen Veröffentlichung von Geständnissen und Untersuchungsdokumenten in zumeist regierungsnahen Medien. Sie sollen zeigen, in welchem Ausmaß der Staat durch manipulierte Einstellungsprüfungen unter die Kontrolle der Gülen Gemeinschaft gebracht worden sei. Auch wird breit über deren Spionage- und Spitzelaktivitäten berichtet.

Ausnahmezustand

Am 20. Juli beschloss die Regierung die Verhängung des Ausnahmezustands für drei Monate sowie eine Aussetzung von Teilen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dieser Beschluss wurde am 21. Juli mit den Stimmen von AKP und MHP bestätigt.

Der Ausnahmezustand berechtigt die Regierung, zahlreiche Grundrechte wie beispielsweise die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einzuschränken. Außerdem kann sie Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Diese werden unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger rechtswirksam, müssen aber unverzüglich dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden. Bis zum 20. September 2016 sind auf diesem Wege 8 Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen worden.

In ihnen sind recht verschiedene Sachverhalte geregelt worden: die Verlängerung der Festnahmezeit auf bis zu 30 Tage und die Einschränkung von Verteidigungsrechten; die Schließung von hunderten von Vereinen, Stiftungen, aber auch Medien und Gewerkschaften; die Entlassung hunderter Offiziere, Richter und Staatsanwälte; die Überführung der Gendarmerie ins Innenministerium, der Gesundheitseinrichtungen des Militärs in das Gesundheitsministerium sowie die Unterstellung der Waffengattungen unter das Verteidigungsministerium; die Einsetzung von Treuhändern als Bürgermeister sowie ein vorübergehendes Verbot von Anträgen auf Konkursaufschub.

Gegen 7 der 8 Ausnahmezustandsverordnungen hat die CHP eine Klage vor dem Verfassungsgericht eingereicht. Zwar sieht die Verfassung vor, dass gegen diese Verordnungen keine Klage möglich ist, doch hat das Verfassungsgericht in den 1990er Jahren entschieden, dass diese Einschränkung nur gilt, sofern es sich um rechtmäßige Ausnahmezustandsverordnungen handelt. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob auf diese Weise Entscheidungen getroffen werden, die über die Zeit des Ausnahmezustandes hinaus wirksam sind.

Nach der Empfehlung des Nationalen Sicherheitsrates wurde im Oktober der Ausnahmezustand für zunächst drei weitere Monate verlängert. Staatspräsident Erdoğan erklärte in der letzten Septemberwoche, dass der Ausnah-

mezustand länger als ein Jahr notwendig sein könnte, um die Säuberungen zum Abschluss zu bringen. In der CHP formiert sich zunehmend Widerstand gegen die weitere Verlängerung des Ausnahmezustandes.

Nationale Einheit und „Mahnwachen für die Demokratie“

Der Putschversuch hatte eine tiefgreifende Wirkung auf die türkische Bevölkerung. Auf der einen Seite herrschte Siegesstimmung. Die meisten Medien wiederholten über Wochen Szenen, in denen sich die Bevölkerung mutig gegen die Armee zur Wehr setzte. Ministerpräsident Yıldırım erklärte Staatspräsident Erdoğan zum „Oberkommandierenden“, dessen mutigem Aufruf an die Bevölkerung das Scheitern des Putsches zu verdanken sei. Erdoğan wiederum rief die Bevölkerung auf, bis zu einem gegenteiligen Aufruf, Straßen und Plätze nicht unbeaufsichtigt zu lassen. Aus diesem Aufruf entwickelten sich die „Mahnwachen für die Demokratie“, die auf zentralen Plätzen in vielen Städten mit Unterstützung durch die jeweiligen Stadtverwaltungen und private Spenden bis zum 10. August aufrechterhalten wurden.

Jenseits der Anhängerschaft von Staatspräsident Erdoğan war die Stimmung zwiespältig. Angesichts der unzusammenhängenden Informationen über den Putschverlauf zweifelten manche daran, ob es überhaupt einer gewesen sei oder nicht vielmehr eine Inszenierung. Ihre Hauptorgane war, dass Erdoğan durch den gescheiterten Putsch weiter an Macht gewonnen hatte. Doch es kostete in dem entstandenen Klima einigen Mut, dies zum Ausdruck zu bringen. Eine Hochschullehrerin der Marmara Universität wurde wegen kritischer Äußerungen in einem Fernsehprogramm suspendiert, eine Künstlerin aus dem gleichen Grund geschmäht und bedroht.

Die meisten Politiker und Medien bemühten sich, nationale Einheit und Geschlossenheit zu demonstrieren. Hatten sich alle politischen Parteien bereits in der Putschnacht gegen den Putsch ausgesprochen, so traf sich das Parlament bereits am 16. Juli, um eine Deklaration aller im Parlament vertretenen Parteien zu verabschieden, die den Putschversuch verurteilte.

Eine Kundgebung der CHP auf dem Taksim Platz in Istanbul am 31. Juli nutzte ihr Vorsitzender Kemal Kılıçdaroğlu, um für Ausgleich zu werben. Er warnte vor einer Hexenjagd und forderte u.a. die Rehabilitierung der Angeklagten des Balyoz Verfahrens.

Am 1. August trafen sich auf Einladung von Staatspräsident Erdoğan die Vorsitzenden von AKP, CHP und MHP im Präsidentenpalais. Bisher hatte es Kılıçdaroğlu strikt abgelehnt, das „illegale Palais“ zu betreten. Doch dieses Mal nahm er teil. Ergebnis des Gesprächs der drei Parteiführer war eine Einigung auf verstärkte Kooperation in der ausstehenden Gesetzgebung, die Einigung auf die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Putschversuch sowie zu einer Verfassungsänderung mit Schwerpunkt auf die Justiz, die eine Kommission der Parteien ausarbeiten sollte.

Ihren Höhepunkt fand die Politik von Einheit und Geschlossenheit mit der Kundgebung von Yeni Kapı in Istanbul, zu dem der Staatspräsident, AKP, CHP und MHP aufgerufen hatten und an dem Millionen teilnahmen. Das Klima der Einheit wurde begleitet von der Ankündigung von Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Yıldırım, dass sie alle Beleidigungsklagen vor dem 15. Juli – mit Ausnahme der gegen HDP-Politiker – zurückziehen werden.

Ausgrenzung der kurdischen Nationalbewegung

Eine bedeutende Einschränkung fand die Politik der Einheit und Geschlossenheit durch die Ausgrenzung der kurdennahen Oppositionspartei HDP. Obwohl sie sich an der gemeinsamen Parlamentsresolution gegen den Putsch beteiligt hatte, war sie danach weder zum Gespräch der Parteiführer im Präsidentenpalais noch zur Yeni Kapı Kundgebung eingeladen worden. Staatspräsident Erdoğan und die AKP begründeten dies mit der mangelnden Abgrenzung der HDP gegenüber der als Terrororganisation geltenden Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Die CHP wiederum setzte sich für die Einbeziehung der HDP ein, machte diese jedoch nicht zur Vorbedingung für ihre Beteiligung an Konsensprojekten wie beispielsweise das Verfassungspaket.

Parallel zu dieser Entwicklung verstärkte die Regierung ihr militärisches und politisches Vorgehen gegen die kurdische Nationalbewegung (d.h. nicht nur gegen die PKK, sondern auch ihr mehr oder weniger nahes Umfeld). Im Inland richteten sich Operationen vor allem gegen Nachschublager und Depots der PKK. Vielerorts wurden Ausgangssperren verhängt und es wurde versucht, die Grenze zum Irak für die PKK zu sperren. Mehrfach erfolgten auch Luftangriffe auf PKK-Ziele im Irak. Am 16. August wurde die Tageszeitung Özgür Gündem mit dem Vorwurf terroristischer Propaganda geschlossen und ein großer Teil der Redaktion festgenommen. Am 17. August wurde Aslı Erdoğan, eine bekannte Autorin und Akademikerin sowie Mitglied im Redaktionsbeirat der Özgür Gündem, festgenommen. 24 der 28 Kommunen, in denen die Treuhand-Bürgermeister eingesetzt wurden, waren von der DBP bzw. HDP regiert. Hohen Einsatz richteten die Sicherheitskräfte außerdem auf die Vernichtung des Cannabis-Anbaus in den Südost-Provinzen. Sie gehen davon aus, dass es sich hierbei um eine wichtige Finanzquelle der PKK handelt.

Eine neue internationale Eskalationsstufe wurde mit der Operation „Euphrat Shield“ erreicht, als am 24. August Milizen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) zusammen mit türkischen Truppen nach Syrien einmarschierten. Erstes Ziel der Operation war die Eroberung des unter Kontrolle des „Islamischen Staates“ befindlichen Grenzgebietes. Aber als eigentliches Motiv für die direkte Intervention in den syrischen Bürgerkrieg wird die Verhinderung des Zusammenschlusses der drei von der kurdischen PYD kontrollierten Gebiete angesehen. Das zuvor von der PYD dominierten und dann von den USA unterstützten Miliz

„Demokratische Kräfte Syriens“ eroberte Menbidsch soll nach Auffassung der türkischen Regierung an die FSA überstellt werden. Sie begründet dies mit der Befürchtung ethnischer Säuberungen sowie dem Vorwurf gegen die PYD, sie sei eine Unterorganisation der PKK.

Der Geist der Einheit und das Parlament

Auch wenn der gescheiterte Putschversuch den „Geist der Einheit“ in den Mittelpunkt gestellt und zu einer verstärkten Kooperation von Regierung und zwei Oppositionsparteien geführt hat, reichte der Schock nicht aus, um alles Misstrauen aus dem Weg zu räumen. Im Anschluss an das Gespräch der Parteiführer im Präsidentenpalais am 1. August wurden verschiedene Schritte für das Parlament beschlossen. Zum einen sollte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Erforschung der Hintergründe des Putschversuches eingesetzt werden. Als dieser bis zu den Parlamentsferien seine Arbeit nicht aufnahm, wuchs in der CHP die Kritik, dass sich die AKP nur formal an die Vereinbarung halte. AKP-Politiker wiederum wiesen darauf hin, dass eine Ausschussarbeit wenig Sinn mache, solange die Ermittlungen der Justiz noch nicht abgeschlossen seien.

Hinzu kamen Vereinbarungen über verschiedene Gesetze, die mit Priorität vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden sollten. Dazu gehörte die Einrichtung eines Guthabenfonds, mit dem künftig große Infrastrukturprojekte aus einheimischen Quellen finanziert werden sollten, eine Verbesserung und Individualisierung der Investitionsförderung sowie ein Sammelgesetz. Zudem wurde ein Staatsvertrag mit Israel ratifiziert, mit dem die bilateralen Beziehungen wieder auf ein normales Niveau entwickelt werden sollen.

Die aufgelisteten Gesetze wurden – nicht ohne Kritik der Opposition – verabschiedet. Beim Sammelgesetz wurde der Rückzug der Bestimmungen zur Einsetzung von Treuhändern als Bürgermeister in Kommunen, die im Verdacht stehen, Terrorismus unterstützt zu haben, durch die AKP zunächst zurückgezogen. Dass diese Bestimmung dann durch eine Verordnung mit Gesetzeskraft doch noch verabschiedet wurde, trug nicht zur Vertrauensbildung zwischen den Parteien bei.

Ein anderes Zeichen des anhaltenden Misstrauens bezog sich auf die Festlegung der Parlamentsferien. Verordnungen mit Gesetzeskraft müssen binnen eines Monats durch das Parlament bestätigt werden. Mit der Entscheidung, die Parlamentsferien am 19. August, d.h. unmittelbar nach der Verabschiedung der zwischen drei Parteien abgestimmten Gesetze, zu beginnen, wurden diese Verordnungen nicht auf die Tagesordnung genommen. Einige CHP-Politiker warfen daraufhin der Regierung vor, sich der Kontrolle des Parlaments zu entziehen.

Als Partei vertritt die CHP wiederum, dass sie bereit ist, weiterhin konstruktiv an der Lösung der durch die Gülen Gemeinschaft verursachten Problemen mitzuarbeiten, doch dass dies im Parlament erfolgen müsse. Verordnungen mit Gesetzeskraft müssen ausschließlich auf die Zeit des Ausnahmezustands beschränkt bleiben. Aus diesem

Grund reichte die Partei im September Klage vor dem Verfassungsgericht gegen sieben der acht veröffentlichten Ausnahmezustandsverordnungen ein. AKP und MHP-Politiker wiederum kritisierten, dass solche Klagen durch die Verfassung ausgeschlossen seien.

Auf der anderen Seite scheut sich die CHP nicht, dosiert aus der großen Einheit auszubrechen. Der Beschluss, die Eröffnung des Justizjahres am 1. September nicht in einem Obergericht, sondern im Präsidentenpalais durchzuführen, wurde von der CHP als Bruch des Prinzips der Gewaltenteilung bewertet. Der CHP-Vorsitzende und die Union der Anwaltskammern beschlossen darum, an der Feier nicht teilzunehmen.

Verfassungspaket

Der Prozess zur Entwicklung einer begrenzten Verfassungsänderung mit Schwerpunkt auf die Justiz, der beim Treffen der Parteiführer im Präsidentenpalais am 1. August vereinbart wurde, erweist sich als zähflüssig. Zwar wurden weitgehende Übereinstimmungen bei der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit erzielt und es wurde grundsätzlich beschlossen, die Mitglieder des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte durch das Parlament zu bestimmen. Gleichwohl konnte die Frage, mit welcher Mehrheit die Ratsmitglieder bestimmt werden, bisher nicht entschieden werden. Die CHP besteht auf eine zwei Drittel Mehrheit, um sicherzustellen, dass die Ratsmitglieder im weitgehenden Konsens bestimmt werden. Die AKP hält dies für nicht praktikabel. Angesichts der fortbestehenden Meinungsunterschiede sind die Textentwürfe für die zu ändernden Verfassungsartikel bisher nicht veröffentlicht worden.

Die Diskussion der Verfassungsartikel erfolgte in einer informellen Kommission, zu der die HDP nicht eingeladen wurde. Die HDP wiederum hat sich für die weitere Arbeit an einer Erneuerung der Verfassung ausgesprochen, jedoch kritisiert, dass diese nicht allein im Parlament stattfinden könne. Sie fordert eine umfassende Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Die besondere Situation der MHP

Nach einer großen rechtlichen Verwirrung um die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags hatte sich vor dem Putschversuch ein rechtliches Patt herausgebildet: Zwar konnte die innerparteiliche Opposition einen außerordentlichen Parteitag durchführen, doch wurden innerparteiliche Anordnungen formuliert, die die Rechtskraft der dort gefassten Beschlüsse aussetzten. Auch wenn der amtierende Parteivorstand durch die Unterstützung des von ihm untersagten außerordentlichen Parteitages die Unterstützung von mehr als der Hälfte der Parteitagsdelegierten verloren hatte, blieb er im Amt und bezichtigte die innerparteiliche Opposition, durch die Gülen Gemeinschaft gesteuert zu sein.

Bis zu einer gerichtlichen Entscheidung über die Gültigkeit des außerordentlichen Parteitags scheinen neue Versuche, einen weiteren außerordentlichen Parteitag einzuberufen, rechtlich problematisch. Demgegenüber hat die

Parteiführung begonnen, ab Oktober mit der Ansetzung von regulären Kreisparteitagen den Prozess für einen ordentlichen Parteitag 2018 einzuleiten. Hatte die innerparteiliche Opposition noch im Juli angekündigt, sie werde trotzdem erneut Unterschriften für ihre Unterstützung zu sammeln, scheint dieses Projekt nach dem Putschversuch aufgegeben worden zu sein.

Daran änderte auch der Ausschluss der prominenten Politikerin Meral Akşener nichts. Sie hat eine Klage gegen den Ausschluss angekündigt, es aber abgelehnt, eine neue Partei zu gründen. Auch die gerichtlich eingesetzten Mitglieder der Delegation zur Einberufung des außerordentlichen Parteitags wurden im September ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund bleibt offen, ob die politische Unterstützung für zahlreiche Regierungsprojekte vor allem auf politische Übereinstimmung oder aber auf die Schwäche der Parteiführung zurückgeht. Doch wie es sich auch verhalten mag: Entscheidend dürfte die Wahrnehmung durch Parteibasis und Wählerschaft sein. Eine weitere Schwächung der MHP wiederum könnte, sollte die Partei bei der nächsten Parlamentswahl an der 10-Prozent-Hürde scheitern, der AKP zu einer verfassungsändernden Mehrheit verhelfen.

Wirtschaft

Abwertung der Kreditnote durch Moodys

Die Herabstufung der langfristigen Devisenkreditnote durch das Institut Moodys auf Ramschniveau am 23. September löste mehrere Diskussionen aus. Zum einen wurde die Aufmerksamkeit ein weiteres Mal auf die Wirtschaftperformanz nach dem Putschversuch gelenkt. Ein anderer Diskussionsstrang betrifft die Reaktion der Wirtschaftspolitiker auf die Entscheidung. Hinzu kommen die unmittelbaren und die absehbaren Folgen der Entscheidung.

Kurz vor der Herabstufungsentscheidung hatte Moodys der türkischen Wirtschaft eine hohe Robustheit bei der Bewältigung des Schocks, den der Putschversuch ausgelöst hat, bescheinigt. Betrachtet man Indikatoren wie die sektoralen Vertrauensumfragen des türkischen Statistikinstituts, so zeigen sie zwar im August kurzfristige Rückgänge, doch die Geschäftserwartungen bleiben weitgehend stabil. Auch die Türkische Lira, die im Juli stark an Wert verlor, erholte sich bis September wieder ein wenig. Auf der anderen Seite bestehen die Faktoren fort, die bereits vor dem Putschversuch die Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigten.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über zehn Prozent wird zwar vor allem auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung zurückgeführt, doch liegt diese im europäischen Vergleich so niedrig, dass von einer hohen verdeckten Arbeitslosigkeit gesprochen werden kann. Die Investitionstätigkeit der gewerblichen Wirtschaft zeigt seit drei Jahren eine deutliche Schwäche. Hinzu kommen Probleme auf den wichtigsten internationalen Absatzmärkten der Türkei. Damit wird die Wachstumsperformanz der türkischen Wirtschaft vor allem durch die Inlandsnach-

frage getragen – was nicht als „nachhaltig“ bewertet werden kann.

Gleichwohl entfaltete sich ein bedeutender Teil der Diskussion um die Entscheidung von Moodys weniger entlang der zu lösenden Probleme, sondern konzentrierte sich auf die Frage, ob die Entscheidung „politisch“ zu bewerten sei. Da in solche Bewertungen selbstverständlich auch politische Faktoren einfließen, führt eine solche Diskussion schnell ins Leere. Aber sie trägt zumindest dazu bei, dass nicht hinterfragt wird, welche politischen Entscheidungen angemessen und welche falsch waren. Es ist viel einfacher, böse Absichten ausländischer Agenten gegen die erstarkende Türkei anzuführen, als eigene Defizite selbstkritisch zu betrachten.

Der für die Koordination der Wirtschaftspolitik zuständige Vizepremier Mehmet Şimşek dagegen kündigte an, dass nun hart gearbeitet werde, um das verlorene Rating zu korrigieren. Doch auch wenn diese Herangehensweise Anerkennung bei zahlreichen Wirtschaftskolumnisten fand, bedarf es für die Wirksamkeit dieser Analyse wohl der Vorlage einer Agenda mit den vorgesehenen Schritten.

Moodys hatte in seiner Begründung zur Herabstufung auf zwei Faktoren abgestellt. Zum einen erhöhe die nachlassende Wachstumsperformanz der türkischen Wirtschaft das Problem, das nötige Kapital für das chronische Zahlungsbilanzdefizit aufzunehmen. Zum anderen werden die Institutionen der Türkei durch die Maßnahmen nach dem Putsch weiter destabilisiert.

Gerade hier sehen Kritiker der aktuellen Wirtschaftspolitik der Regierung den wichtigsten Handlungsbedarf. Das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ist national wie international stark erschüttert – zugleich aber eine der wichtigsten Grundlagen für die Wirtschaftsakteure. Zudem ist es den Ministerien bisher nicht gelungen, plausible Strategien vorzulegen, so dass die Vorhersehbarkeit weiterer Entwicklungen schwierig ist.

Mit der Entscheidung von Moodys verfügt die Türkei nur noch über ein Rating als „sicherer Investitionsstandort“. Für wichtige internationale Anlagefonds sind für Aktivitäten in einem Land jedoch zwei Ratings erforderlich. Für die Türkei bedeutet dies, dass sich diese Fonds aus der Türkei weitgehend zurückziehen werden. Schätzungen gehen davon aus, dass 10-15 Mrd. Dollar aus der Türkei abfließen könnten. In welcher Geschwindigkeit dies geschieht und wieviel bereits unmittelbar nach dem Putschversuch abgezogen wurde, bleibt offen. Es wird jedoch auch davon ausgegangen, dass die Kreditbewertung bei internationalen Direktinvestitionen als Entscheidungskriterium maßgeblich berücksichtigt wird. Neben den Finanzmärkten betrifft die Herabstufung also auch die Realwirtschaft, die dadurch höhere Finanzierungskosten bewältigen muss.

Ausbleibende Touristen belasten Zahlungsbilanz

Den Daten des Ministeriums für Kultur und Tourismus zufolge sank die Zahl der ausländischen Besucher im August

um 38 Prozent, seit dem Jahresanfang um rund 32 Prozent. Zugleich sanken auch die Pro-Kopf-Ausgaben dieser Besucher, so dass die Einbußen des türkischen Tourismussektors noch höher liegen. Als wichtigste Gründe werden zum einen das russische Embargo und zum anderen die verschlechterte Sicherheitslage nach den Anschlägen im Winter und Frühjahr angesehen.

Der Tourismussektor leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung der Zahlungsbilanz. Während die Türkei ein relativ hohes Außenhandelsdefizit aufweist, erwirtschaftet der Tourismus deutliche Überschüsse und zog die Zahlungsbilanz beispielsweise im August und September 2015 in den positiven Bereich. Mit vermuteten Einbußen des Tourismussektors um rund 40 Prozent wird die Zahlungsbilanz entsprechend höher belastet. Ein problematischer Nebenaspekt ist, dass mit Saisonende die internationalen Reiseveranstalter an die Planung der nächsten Saison arbeiten. Doch die insbesondere für den europäischen Markt wichtige Sicherheitswahrnehmung der Türkei hat sich kaum verändert und der Schaden im Image des Landes wird vermutlich auch das kommende Jahr belasten.

Druck auf Gewerkschaften

Unter den rund 93.000 Suspendierungen, von denen etwa 50.000 in Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst mündeten, befinden sich nicht nur Anhänger der Gülen Gemeinschaft. Parallel zu den Ermittlungskampagnen gegen die Gülen Gemeinschaft ist auch das Ziel erklärt worden, Sympathisanten der PKK aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. So wurden KESK und insbesondere Eğitim Sen Mitglieder entlassen und zum Teil festgenommen, weil ihnen die Beteiligung an Friedensaktionen im vergangenen Jahr vorgeworfen wird. Diese hatte die Regierung als Beihilfe für die PKK bewertet.

Außenpolitik

Verbesserung der Beziehungen zu Russland

Am 10. August trafen zum ersten Mal seit der Krise um den Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs im türkisch-syrischen Grenzgebiet im November 2015 Staatspräsident Erdoğan und Staatspräsident Putin zu einem direkten Gespräch zusammen. Zuvor hatte Putin die im April 2016 eingeleitete Briefdiplomatie als ausreichend bewertet, um der russischen Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung der türkischen Regierung zu entsprechen. Nach dem Spitzengespräch wurde eine Lockerung der russischen Sanktionen angekündigt. Diese hatten insbesondere für den Tourismus, den türkischen Landwirtschaftsexport und die Bekleidungsindustrie hohe Einbußen verursacht.

Der langsame Abbau der Handelshemmnisse führte jedoch nicht unverzüglich zu einer Rückkehr des vorherigen Handelsniveaus. Neben politischen Faktoren wie beispielsweise den anhaltenden Dissens in der Syrien-Politik, spielt dabei auch die wirtschaftliche Lage in Russland eine Rolle.

Auf der anderen Seite wäre ohne eine Entspannung in den russisch-türkischen Beziehungen die Syrien-Intervention der türkischen Armee nicht möglich gewesen. Zwar wurde beim Gipfel am 10. August die Etablierung eines Gesprächsmechanismus zum Syrienkonflikt unter Einbeziehung des Iran vereinbart. Doch die Eskalation des Konflikts in der zweiten Septemberhälfte bietet nur geringen Spielraum für die türkische Diplomatie.

Militärintervention in Syrien

Mit der am 24. August 2016 begonnenen Operation „Euphrat Shield“ begann eine mit den Milizen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) durchgeführte Operation, die sich zum einen gegen Stellungen des „Islamischen Staates“ (IS) entlang der türkischen Grenze und zum anderen gegen das Vorrücken der kurdischen YPG bzw. des von ihr dominierten Bündnisses „Demokratische Kräfte Syriens“ (DKS) richtete.

Während sich in der ersten Woche der Operation die Milizen des IS zurückzogen und breite Gelände entlang der YPG/DKS-Stellungen im Osten und Süden preisgaben, gelang ab der zweiten Woche die Eroberung des gesamten Grenzstreifens vom IS. Zugleich wurden die YPG/DKS-Milizen gezwungen, auf weitere Gebietserweiterungen zu verzichten. Damit ist eines der Hauptziele der Operation aus türkischer Sicht, d.h. eine Verbindung der drei von Kurden kontrollierten Gebiete nördlich von Aleppo zu verhindern, erreicht worden.

Über die weitere Zielsetzung der Operation „Euphrat Shield“ macht die türkische Regierung verschiedene Aussagen. Zum einen bewertet sie die IS und YPG als gleichwertige Bedrohungen und dementsprechend als Feinde. Sie beabsichtigt eine Erweiterung der Befreiung der bisher sowohl vom IS als auch von den DKS kontrollierten Gebiete. Während sich die Angriffe der syrischen Regierung im Bündnis mit Russland und dem Iran auf die von der Opposition kontrollierten Stadtteile von Aleppo konzentrieren, hat Staatspräsident Erdoğan aber auch erklärt, dass die Türkei dies nicht zulassen werde. Außerdem verbindet die türkische Regierung die Operation mit dem lang vertretenen Ziel der Einrichtung einer humanitären Schutzzone, die eine Rückkehr eines bedeutenden Teils der aufgenommenen syrischen Flüchtlinge ermöglichen soll.

Zugleich verhandelt die türkische Regierung mit den USA über eine Beteiligung an den geplanten Aktionen gegen den IS in Raqqa und Mosul (Irak). Hier stellt sie als Vorbedingung, dass eine Beteiligung der YPG an beiden Operationen ausgeschlossen wird.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass nach den schnellen Geländegewinnen zu Anfang trotz großer militärischer Überlegenheit seit der zweiten Septemberhälfte nur noch geringe Zugewinne erzielt werden konnten. Dies liegt nicht zuletzt wohl auch an Diskussionen innerhalb der FSA. Einige Gruppen lehnen sowohl eine amerikanische als auch eine türkische Beteiligung ab und haben ihre Milizionäre an andere Fronten abgezogen. In der Türkei wiederum wird diskutiert, dass neben Panzern, Artillerie

und Flugzeugen auch Infanterie eingesetzt werden müsste, sollten die Milizen der FSA nicht über ausreichende militärische Kraft verfügen.

Mit der Entscheidung, die Regierungsvollmacht für grenzüberschreitende Militäreinsätze in Syrien und Irak zu verlängern, haben sich AKP, MHP und CHP grundsätzlich hinter die Operation gestellt. Die HDP lehnt eine Verwicklung der Türkei in den syrischen Bürgerkrieg grundsätzlich ab.

Aussöhnung mit Israel

Mit der Zahlung einer Entschädigung von 20 Mio. Dollar durch Israel für die Angehörigen der Opfer bei der Erstürmung des Hilfsschiffs Mavi Marmara ist das ausgehandelte Abkommen zwischen der Türkei und Israel zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen weitgehend umgesetzt worden. Für Oktober wird nun mit der gleichzeitigen Ernennung von Botschaftern gerechnet.

Auf der anderen Seite zog es die türkische Regierung vor, an dem Begräbnis von Schimon Peres nur auf Staatssekretär-Niveau teilzunehmen. Die türkische Regierung hat auf der Grundlage der Einigung zugestimmt, ihre Hilfslieferungen für den Gaza-Streifen über einen israelischen Hafen und damit unter israelischer Kontrolle durchzuführen. Damit ist der Dissens über die Kontrolle und Blockade des Gebietes nicht gelöst, sondern zunächst ausgesetzt.

Dennoch wird mit weitreichenden Auswirkungen der Normalisierung der Beziehungen gerechnet. Diese werden insbesondere beim Thema Energie erwartet und könnten auch die Perspektiven einer Lösung des Zypern Konflikts verbessern. Auch ist der Bau einer Mittelmeer Gas-Pipeline zwischen Israel und der Türkei wieder auf die Tagesordnung gekommen. Eine solche Pipeline könnte zugleich eine Schlüsselrolle bei der Nutzung der Gasvorkommen vor der Küste Zyperns spielen.

Vorwürfe an USA und EU

Während die Beziehungen zu Russland und Israel verbessert wurden, bleiben die zu den traditionellen westlichen Verbündeten der Türkei weiterhin gespannt. Allerdings ist dies relativ zu sehen, denn die Westbindung bleibt dominierend. Dabei spielt auf der einen Seite die westliche Reaktion auf den gescheiterten Putschversuch eine Rolle und auf der anderen Seite der Konflikt mit der EU über die Aufhebung der Visumpflicht für Türken im Schengen Raum.

Nach dem gescheiterten Putsch dominierte die Öffentlichkeit in Europa und den USA die Befürchtung, dass auf diese Weise die Position von Staatspräsident Erdoğan weiter gestärkt und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden könnten. Solidaritätserklärungen mit der türkischen Regierung erfolgten erst Tage nach dem Ereignis und Besuche von Spitzenpolitikern fanden erst Wochen später statt.

Die Beziehungen zu den USA werden dabei zusätzlich von zwei Faktoren belastet. Zum einen verlangt die türkische Regierung die Auslieferung von Fetullah Gülen, den sie für den Putschversuch verantwortlich macht. Und zum

anderen verlangt sie die Beendigung der Unterstützung der YPG in Syrien, die sie als „verlängerten Arm der PKK“ bewertet. Bezogen auf Fetullah Gülen erklärt die US-Regierung, dass die im gegenseitigen Rechtshilfeabkommen vorgesehenen Mechanismen eingehalten würden und die Türkei zunächst einmal die Beweise für ihre Beschuldigung vorlegen müsse. Schließlich würde ein US-Gericht über das Auslieferungersuchen entscheiden.

In den europäisch-türkischen Beziehungen wird die Auslieferung von Gülen Anhängern sowie eine Behinderung ihrer Aktivitäten vermutlich in den nächsten Monaten eine zunehmende Rolle spielen. Doch vordergründig ist für die türkische Regierung zunächst die Umsetzung des Flüchtlingsabkommens. Hier war bereits für Juli von der türkischen Regierung auf eine Umsetzung der Visumsfreiheit gedrängt worden. Gemäß der Vereinbarung sollte sie im Oktober in Kraft treten, wenn die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Doch von Anfang an hatte die EU – nicht zuletzt auf Drängen des Europaparlaments – klargestellt, dass nur eine vollständige Umsetzung der vereinbarten Kriterien die Visumsfreiheit möglich mache. Als schwierigstes Kriterium erweist sich dabei die Änderung der Definition im Antiterrorgesetz. Dies wird von der türkischen Regierung bisher mit Verweis auf die Konfrontation mit PKK, YPG, IS und Gülen Gemeinschaft zurückgewiesen.

Ein weiterer Grund der Verstimmung ist der Vorwurf der Türkei, die EU würde die zugesagte Hilfe in Höhe von 3 Mrd. Euro für syrische Flüchtlinge zurückhalten. Die EU wiederum erklärt, dass ein bedeutender Teil der Mittel bereits geflossen sei und besteht darauf, diese nicht direkt an die türkische Regierung auszuzahlen, sondern projektgebunden über Partnerorganisationen.

Konflikt mit Deutschland über Armenien Resolution

Der Streit um den Besuch von Mitgliedern des Deutschen Bundestages auf der Luftwaffenbasis Incirlik, auf der Bundeswehrsoldaten stationiert sind, konnte beigelegt werden. Die türkische Regierung hatte die Besuchserlaubnis verweigert, nachdem der Bundestag im Frühjahr eine Resolution verabschiedet hatte, mit der die Deportation der Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs als Völkermord bewertet und eine deutsche Mitverantwortung erklärt wurde. Eine Erklärung von Bundeskanzlerin Merkel, dass diese Resolution geachtet werden müsse, auch wenn sie keine bindende Wirkung habe, wurde von der türkischen Regierung als ausreichende Distanzierung von der Entscheidung akzeptiert. Die Erlaubnis für die deutschen Parlamentarier wurde daraufhin für Oktober erteilt.

Die Erklärung der Bundeskanzlerin hat zwiespältige Reaktionen ausgelöst. Einerseits wird ihr vorgeworfen, sie hätte sich nicht deutlich genug hinter den Bundestag gestellt. Auf der anderen Seite hat sie nur ausgesprochen, was allen Beteiligten bekannt war. Eine Resolution ist eine politische Bewertung, jedoch keine Anweisung an eine Regierung oder Gesetz. Trotz aller Kritik an den Ent-

wicklungen in der Türkei setzt Bundeskanzlerin Merkel auf eine Fortsetzung der Kooperation mit der Türkei insbesondere im Hinblick auf die Lösung des Flüchtlingsproblems.

Zukunft des EU-Flüchtlingsabkommens

Auch wenn seit dem gescheiterten Putschversuch die Zahl der Flüchtlinge, die die griechischen Inseln erreicht haben, wieder leicht ansteigen, sind sie insgesamt seit Inkrafttreten des Flüchtlingsabkommens stark zurückgegangen. Damit verbunden ist auch die Zahl der tödlichen Unfälle bei der Überfahrt drastisch gesunken. Hauptgrund ist das von der Türkei im Zuge des Flüchtlingsabkommens in Kraft gesetzte Rücknahmeabkommen für irreguläre Einwanderer. Nun droht die türkische Regierung, dass sie dieses Abkommen aussetzen könnte, sollte sich die EU nicht an ihre eingegangenen Verpflichtungen bei Visumsfreiheit und Finanzhilfe für die Flüchtlinge halten.

Trotz seiner offenkundigen Wirksamkeit ist das Flüchtlingsabkommen weder in der Türkei noch in der EU populär. Insbesondere die Aufhebung der Visumpflicht stellt für europäische Regierungen ein Problem dar, solange sich die öffentliche Wahrnehmung der Türkei und ihrer Regierung nicht ändert. Kurzfristig dürfte dies nur schwer zu bewältigen sein, so dass das Abkommen eventuell grundlegend neu ausgehandelt werden muss.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Dr. Felix Schmidt
© FES Türkei, 2016

